

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1821**

19.2.1821 (Nr. 50)

# Karlsruher Zeitung.

Nr. 50.

Montag, den 19. Febr.

1821.

Deutsche Bundesversammlung. (Fortsetzung des Auszugs des Protokolls der 3. Sitzung am 25. Jan.) — Baiern. — Württemberg. (Ständeverammlung.) — Dänemark. — Frankreich. — Italien. (Neapol.) — Oesterreich. — Portugal. — Preussen.

## Deutsche Bundesversammlung.

Fortsetzung des Auszugs des Protokolls der 3. Sitzung am 25. Jan. Der Herr Bundestagsgesandte v. Berg fuhr fort: Die besondere Anhänglichkeit des Gesamthaus Anhalt an das königl. preussische Haus gehörte dazu, um nicht nur die Geringachtung der Traktaten und die gerechten Klagen der eigenen, von einer fremden Regierung besteuerten Unterthanen, sondern noch überdies das Heer der beständigen Variationen untergeordneter Beamten, die Visitationen der herzogl. Equipagen, die Verlegungen der Postkontingenten, die zugemuthete Aufstellung königl. preussischer Steuerbeamten in der Person der preussischen, unter den Augen der Herzoge von Anhalt, in ihren Hauptstädten amtierenden Postmeister u. s. f. mit so vertrauenswerther Gelassenheit zu ertragen, als geschehen ist. Aber der größte Beweis der Nichtachtung deutscher Mitstaaten und Bundesverwandte war, daß die Herzoge von Anhalt die große vorgegangene Veränderung erst aus den öffentlichen Blättern und aus den Beschwerden ihrer Unterthanen erfahren mußten, und daß das königl. preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nicht einmal eine offizielle Anzeige an die herzoglichen Regierungen, geschweige eine vorgängige Negotiation, zu welcher es unbedenklich verpflichtet war, für nöthig befunden hatte. Unter den bestehenden Bundesverhältnissen war nach solchen Vorgängen das Gesamthaus Anhalt zur Klage ex cap. der offenkundig verletzte Souveränität berechtigt. Die förmliche Aufnahme in das Steuersystem eines deutschen Mitbundesstaats, ohne vorkänfige Anfrage oder Negotiation, war für einen enklavirten Staat, und überhaupt für alle in der Nähe liegenden Staaten ein so bedenkliches Ereigniß, die darin liegende Exemplifikation so gefährlich, und die wirkliche Mediation eines in Steuerangelegenheiten einmal unterworfenen Staates so leicht zum Vollzuge zu bringen, daß schwerlich ein deutsches Fürstenthum aufzufinden seyn möchte, welches die Klage, wenn sie unmittelbar am Bundestage erhoben worden wäre, abzulehnen ver-

mocht hätte. Die theuersten Interessen der von Gott anvertrauten Unterthanen, und die unbefleckte Ehre des tiefgekränkten Fürstenhauses, rechtfertigen Anhalt vor aller Welt, wenn es, ohne alle Rücksicht auf die Folgen einer so empfindlichen Diskussion, bei dem deutschen Bunde die Herstellung derjenigen Souveränitätsrechte in Anspruch nahm, unter deren Vorbehalt jeder einzelne deutsche Staat dem Bunde beigetreten war. Aber die erprobte persönliche Gerechtigkeit Sr. Maj. des Königs von Preussen, die alte Redlichkeit der preussischen Tribunale, unter deren Augen keine Maßregel auf die Dauer bestehen zu können schien, welche die Rechte der Nachbarn auf so eklatante Weise verletzte; endlich die Billigung des Vorganges, welche bei dem rechtlichen Sinne der preussischen Nation in Preussen selbst laubar wurde, bestimmten das Haus Anhalt zu einem langsamen Verfahren. Man beschloß zuvörderst, im Wege der Güte und der freundschaftlichen Vorklärungen an die preussische Regierung keine Auskunft unversucht zu lassen; sodann, und erst, wenn dieses freundliche Verfahren ohne Erfolg blieb, die Klage am Bundestage auf Herstellung des status quo der Elbesteuern vom 1815, demnach auf die Abschaffung der inzwischen, gegen die ausdrücklichen Bestimmungen der Traktaten, eingeführten königl. preussischen Transit- und Verbrauchssteuern auf der Elbe, und erst zuletzt, im äußersten und unwahrscheinlichsten Falle, wenn auf diesem Wege kein Recht zu finden war, die allerdings tiefgreifende Klage über verletzte Souveränität anzustellen.

(Fortsetzung folgt.)

## Baiern.

München, den 15. Febr. Das neueste Regierungs- und Intelligenzblatt enthält unter anderm Folgendes: Se. Maj. der König haben unterm 7. Febr. d. J. die Hofmeisterin der Prinzessin Karoline königl. Hoh., Gräfin Louise von Montmorency, zur Hofdame Ihrer Maj. der Königin ernannt. — Dasselbe Blatt enthält eine Bekanntmachung, das Privilegium für Theobald Sen-

felder in München, wegen einer von ihm erfundenen chemischen Ueberdruck- undervielfältigungsmaschine, betreffend.

### W ü r t e m b e r g.

Stuttgart, den 17. Febr. In der gestrigen (100.) Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde unter andern nach langen und lebhaften Debatten über die Fragen: ob die Kommission mit ihrem Berichte den Vortrag des Abg. List abzuwarten habe oder nicht, ob letzterer vor oder nach dem Bericht der Kommission anzuhören sey, ob er seinen Vortrag der Kammer oder der Kommission mitzutheilen habe, von dem Präsidenten erklärt, daß, nach den bis jetzt gehörten Aeussereungen der Mehrheit, es dem Abg. List eingeräumt seyn soll, ob er vor oder nach dem Kommissionsbericht seinen Vortrag halten wolle, inzwischen aber die Kommission ihren Bericht möglichst zu beschleunigen habe, womit sich ohne weitere Abstimmung die Kammer einverstanden erklärte.

### D ä n e m a r k.

Altona, den 9. Febr. Mit der heutigen dänischen Post hat sich leider bestätigt, was bereits in einigen Briefen mit der vorigen gesagt worden, nämlich daß ein Reiterdetaschement zu Kopenhagen auf die Studenten, welche dem Könige an seinem Geburtstage, dem 29. Jan., ein Vivat brachten, weil jenes diesen so wohlgemeinten Ruf irriger Weise für aufrührerisch hielt, eingehauen, und vier derselben ziemlich schwer verwundet hat.

### F r a n k r e i c h.

Paris, den 15. Febr. In allen hiesigen Kirchen hat gestern ein Trauergottesdienst für den Herzog von Berry statt gehabt. Der König hörte die Trauermesse in seinen Appartements, Madame und Monsieur in der Schloßkapelle, die Frau Herzogin von Berry in dem Oratorium des Pavillon Marsan, und die Herzoge von Angoulême, von Orleans und von Bourbon, Conde' in der Schloßkapelle von St. Denis.

Das Journal des Debats ist den Gerichten denunziert worden, weil es durch Einrückung eines Artikels, der nicht vorher der Zensurkommission vorgelegt worden war, das Gesetz vom 31. März 1820 übertreten hat.

Hier folgen einige nähere Nachrichten von der merkwürdigen Sitzung der Deputirtenkammer am 12. dieses: Benj. Constant beehrte das Wort wegen der unvollständigen Abfassung des Protokolls der letztern Sitzung, wo bei Gelegenheit der Bittschrift über die Erzeptionsgesetze ein Mitglied wiederholte, was öfters über die ungebundenen Aeussereungen auf der Rednerbühne und die Nothwendigkeit, ihnen vorzubeugen, gesagt worden ist, und sich ferner dahin äusserte, als wenn alles, was von der linken Seite gesprochen wird, mit den Frevelthaten in Verbindung stehe, welche Frankreich erschrecken. Das Protokoll übergeht diese Meinung ohne wei-

tere Erwähnung. Ich halte für erforderlich, daß man darin eine Aeussereung aufzeichne, welche abzweckt, gewisse konstitutionellen Verfassungen Frevelthaten und Unruhen beizumessen. Ich glaube, die Aufzeichnung dieser Meinung werde um so nützlicher seyn, als unsere Nachfolger daraus erkennen werden, welcher Nachtheil aus dem Parteegeist ergeht. Duden findet, daß keine Schwierigkeit obwalte, von der gedauerten Meinung Meldung im Protokoll zu thun. (Die rechte Seite widersetzte sich diesem Vorschlag.) Duden fuhr sodann fort, und bemerkte, daß, indem der Antrag Benj. Constant's nicht bestimmt genug gewesen sey, die Abfassung des Protokolls, so wie sie ist, beibehalten werden könne. Lafayette: Meine Herren, ich begehre ebensfalls die Berichtigung des Protokolls, weil es nicht hinlänglich die Anstrengungen anzeigt, die geschehen sind, um die konstitutionswidrigen Verfassungen zu widerlegen, welche die H. H. Minister aufgestellt haben, um die sonderbare Weigerung des Hrn. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu begründen, auf Fragen zu antworten, die wir an ihn gerhan, um Scheingründe des Hrn. von Billele zu würdigen, der die begehrten Nachweisungen zur Verhandlung des Budgets verwies, in dessen die östreich. Kolonnen gegen Neapel ziehen. . . . Die letzten Ereignisse in Neapel und Portugal haben alle Herzen mit dem lebhaftesten Gefühl erfüllt, welches rählich mehr und mehr ein inniges Band zwischen allen Nationen bilden muß, die der Freiheit würdig sind, welche die wahre Zivilisation der Völker ist. Es muß daher in dem Protokoll von unsern Protestationen und Anstrengungen Meldung geschehen, im Augenblick, wo die Ehre und Moralität der Nation beeinträchtigt zu seyn scheinen. Man muß wissen, auf welchem Grad die Minister des Königs an den ergriffenen Maßregeln mitschuldig sind, um, wie sie es nennen, die Ordnung in Europa zu erhalten. Diese gesellschaftliche Ordnung besteht, ihrer Ansicht nach, darin, daß die im Verein Zusammenwohnenden das Recht nicht haben, ihre Institutionen zu verbessern; sie besteht darin, sich in die Institutionen der andern Völker zu mischen. Es ist eine wichtige Protestation, was von den Maßregeln zur Befestigung der Ordnung gesagt worden ist, das heißt, Maßregeln, wie jene, die durch die Theilung Polens, den Traktat von Pillnitz und die Manifeste von Kahlenz getroffen worden sind. Forbin des Farts beehrte, daß der Redner zur Ordnung gerufen würde. Lafayette: Mein Zweck ist, glaube ich, hinlänglich erreicht. Ich trete von der Rednerbühne mit der dringenden Bitte ab, die Unabhängigkeit Neapels nie zu stören.

(Beschluß folgt.)

### I t a l i e n.

Ein Handelschreiben aus Neapel vom 2. Febr. sagt: In politischer Hinsicht haben wir Ihnen nichts von Bedeutung mitzutheilen. Trotz der schwankenden und ges-

spannten Lage, in der wir uns befinden, wurde bis jetzt die öffentliche Ruhe aufrecht erhalten, wozu die aus vier, fast ganz organisirten Regimentern bestehende Bürgerwache natürlich das meiste beiträgt. Wir hoffen mit Grund, daß es auch für die Zukunft zu keinen stürmischen Auftritten kommen werde. Der allgemeinen Meinung zufolge wird von keinem hartnäckigen Widerstande die Rede seyn, falls, wie zu vermuthen steht, die verbündeten Monarchen sich gegen den dormaligen Zustand der Dinge erklären."

#### O e s t r e i c h.

Wien, den 11. Febr. Man glaubt, daß die Antwort auf die dem Duca di Gallo mitgegebenen Anträge gegen den 18. d. in Laibach zurück seyn kann. Unter dessen dürften aber unsere Truppen sich der neapolitanischen Gränze schon genähert haben. Der König Ferdinand wird, wie es heißt, gleichzeitig eine Proklamation an sein Volk erlassen, wovon man sich große Wirkungen verspricht. Dieser Monarch bleibt so lange in Laibach, bis unsere Truppen die neapolitanische Gränze passirt haben. Se. Maj. sollen, wie versichert wird, die Monarchen von Oestreich, Rußland und Preussen laut Ihre Reiter nennen. — Der königl. großbritannische Vorkäufer, Lord Stewart, soll von Laibach einen Kurier nach Neapel gesandt haben, mit der Aufforderung an den Befehlshaber der in der Bucht von Neapel liegenden engl. Eskadre, sich bei der Annäherung der östreich. Armee gegen Neapel von dort zu entfernen.

Der Patriarch von Venedig, Ladislaus v. Porcer, hat am 7. d. die Reise von Ofen (über Raab, Wien, Laibach) nach Venedig angetreten.

#### P o r t u g a l.

Zu Lissabon ist nun folgendes Schreiben des Königs an die vormalige Regentenschaft zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden: „Freunde! Ich, der König, grüße Euch als solche, die Ich liebe und schätze. Da Ich Eure Depeschen vom 2. und 10. Sept. und die Abschrift des Beschlusses erhalten habe, den Ihr wegen der Zusammenberufung der Cortes genommen habt, so muß Ich diesen Beschluß als unregelmäßig betrachten, da dieses Vorgehen, welches von der Königswürde unzertrennlich ist, nur von Mir ausgehen kann. Der Grund, den Ihr angebet, daß dieses der einzige Wunsch des Volks sey, um diesen Beschluß zu rechtfertigen, reicht nicht hin; denn die Municipalitäten des Königreichs hatten selbigen nicht als das gesetzliche Mittel vorgeschlagen, um diese Sache zu Meiner königl. Kenntniß zu bringen, und dieser Wunsch hatte sich nur unter einigen aufrührerischen Personen geäußert, welche durch strafbare Handlungen sich der Gewalt zu bemächtigen suchten, und einige Meiner Truppen verleitet hatten, die unbedachtsamer Weise partielle Mißbräuche in der Verwaltung für Fehler hielten, welche der Konstitution der Monarchie beizumessen wären. Die Besorgnisse, welche man über den Um-

sturz der Monarchie verbreitet hatte, konnten ebenfalls keinen Grund haben; denn man wird sich erinnern, wie oft die Monarchie den Händen von Usurpatoren und von Ausländern entrisen, und durch die Treue der Portugiesen an die Dynastie zurückgegeben worden, welche die Monarchie erschaffen hatte, und wodurch sie erhalten ist. Da Ich indessen Mich nach demjenigen zu richten wünsche, was immer Mein Zweck gewesen ist, nämlich die Wohlfahrt der portugiesischen Monarchie und das Glück Meiner Unterthanen, und da Ich erwäge, daß die beste Verwaltung mit der Zeit Verbesserungen erfordert, und da Ich erwarte, daß Mir die Cortes wichtige Vorschläge eröffnen werden, damit diese Vorschläge Mir nicht auf dem gedachten ungesetzmäßigen Wege zukommen, so authorisire Ich selbige, zufolge der Entscheidung der alten Cortes, die von dem Könige, Meinem Vorfahren, bestätigt worden, Mir die Verbesserung und Veränderung vorzuschlagen, welche sie für den Glanz und die Wohlfahrt der portugiesischen Monarchie für nöthig erachten werden, und Ihr werdet Mir sie unverzüglich zusenden, damit Ich die Vorschläge der Cortes, den Grundsätzen der Monarchie gemäß, durch Meine königl. Sanktion gesetzmäßig machen könne, wobei Ich Meinen Unterthanen der Königreiche Portugal und Algarbien versichere, daß, wenn diese Arbeiten auf eine Art beendigt sind, die Meinen väterlichen Absichten und Meiner Würde entspricht, sie zu ihrem Beherrscher in Europa Meine königl. Person, oder einen Meiner Söhne oder Nachkommen erhalten werden, so wie die Regierung ebenfalls zum Besten und gegenseitigen Vortheil einem besondern Regenten in Brasilien übergeben wird. Da Ich ferner wünsche, Beweise Meiner Gnade und Meiner angestammten Güte zu geben, so trage Ich Euch auf, in Meinem königl. Namen allen Meinen Unterthanen eine Amnestie zu verleihen, welche den Aufstand durch Vergessenheit heiliger Pflichten zu Oporto oder an andern ihre geführten Orten veranlaßt, oder an demselben Theil genommen haben; wohl verstanden ins dessen, daß sich diese Amnestie nur auf diejenigen erstreckt, die sogleich die Insurrektion verlassen, und den Autoritäten und der Regierung gehorchen, die von Mir eingesetzt worden. Gegeben im Pallaste zu Rio-Janeiro, den 27. Okt. 1820."

#### P r e u s s e n.

Berlin, den 10. Febr. (Fortsetz.) Man versteht, diejenigen Personen, welche Se. Maj. den König nach Laibach begleiten sollen, hätten Befehl erhalten, sich jeden Augenblick reisefertig zu halten. Indes, heißt es, wird noch vorher ein Kurier aus Laibach erwartet.

Man schreibt aus Bonn, daß die beiden jungen Grafen von Solms-Laubach, Söhne des königl. preuß. Oberpräsidenten in Köln, dort von der evangelischen Religion zur katholischen übergegangen sind.

## Auszug aus den Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

18. Febr.	Barometer	Thermometer	Hygrometer	Wind	Witterung überhaupt.
Morgens 8	28 Zoll 1,7 Linien	2,0 Grad unter 0	68 Grad	Südwest	trüb, neblig
Mittags 3	27 Zoll 11,8 Linien	3,7 Grad über 0	60 Grad	Südwest	seit Mittag Aufheit., weißblau
Nachts 10	27 Zoll 11,5 Linien	1,0 Grad unter 0	68 Grad	Südwest	trüb, neblig

## Todes-Anzeige.

Sanft entschlief, nach einem achtwöchigen Krankenslager, heute Vormittags unser guter Bruder, Christian Friedrich Wilhelm, gewesener Kanzleirath bei der Großherzogl. evangelischen Kirchensektion, in seinem 57. Lebensalter.

Nur die wenigen, die denselben in seinem stillen friedlichen thätigen Leben kannten, und wußten, was er uns gewesen war, können den Verlust, den wir dadurch erlitten haben, beurtheilen. Von ihrer Theilnahme überzeugt, machen wir ihnen diesen Todesfall hiermit bekannt.

Karlsruhe, den 17. Febr. 1821.

Wilhelm, Kollektor in Mannheim.

Wilhelm, Registrator beider Großherzogl. evangel. Kirchensektion.

Für sich und im Namen ihrer abwesenden Schwester.

## Theater-Anzeige.

Dienstag, den 20. Febr.: Der arme Poet, Schauspiel in 1 Akt. Hierauf: Die Zerstreuten, Posse in 1 Akt. Zum Beschluß: Die Rosen des Herrn von Matthesherbes, ländliches Gemälde in 1 Akt.

## Literarische Anzeige.

Bei Braun in Karlsruhe ist zu haben:

Die  
Benutzung und Verarbeitung  
der  
**Naturerzeugnisse**  
oder  
Kleine Technologie.

Von

J. A. C. Föhr.

Leipzig, bei Gerhard Fleischer; 1820.

8. Preis 40 Kr.

Es ist nützlich und fast notwendig, Schülern, die dem Gewerbsleben einst anzuhören sollen, darüber in Zeiten Unterricht zu ertheilen, und sie die wichtigsten Zweige der Gewerksamkeit kennen zu lernen, damit sie künftig, schon mit Vorkenntnissen mancherlei Art versehen, leichter und mit desto größerer Uebereignung ihr bürgerliches Geschäft betreiben mögen. Dieses Buchlein soll sie denken lehren, über das, was sie selbst einst werden zu betreiben haben, aber sie auch überhaupt mit der mannigfaltigen Umgestaltung und Verarbeitung der Erzeugnisse aller drei Naturreiche bekannt machen. Es hält in klarer und gedrängter

Darstellung das rechte Mittel zwischen zu wenig und zu viel, und wird braven Lehrern und Schülern seines Nutzens wegen gleich willkommen seyn.

Freiburg. [Besetzung der Lehrkanzel der Dogmatik.] Es ist an der Albert-Ludwigs-Hochschule dahier eine Lehrkanzel der katholischen Dogmatik zu besetzen. Die Gelehrten, welche Lust haben, sich um dieses Lehramt zu bewerben, werden ersucht, bis auf den letzten des Monats März ihre Druckschriften und andere Behefte an die unterfertigte Stelle einzusenden, wegen der Bedingungen aber sich mit der theologischen Fakultät ins Einvernehmen zu setzen.

Freiburg, den 6. Febr. 1821.

Prorektor und Konviktorium der Großherzogl. Bad. Albert-Ludwigs-Universität.  
Dr. Ritter C a e r,  
d. J. Prorektor.

Neckargemünd. [Widerruf.] Die Mittwoch, den 21. dieses, angekündigte Besetzung zu Langenzell findet zur Zeit nicht statt.

Neckargemünd, den 16. Febr. 1821.

Großherzogliches Amtsdirektorat.

Traub.

Freiburg. [Schulden-Liquidation.] Das hiesige Handelshaus Franz Joseph Antonist Ebhne hat sich zahlungsunfähig erklärt, worauf die Vermögensuntersuchung vorgenommen wurde.

Diese hat das Resultat einer bedeutenden Ueberschuldung geliefert.

Wir erkennen daher den Gantprozeß, und fördern die sämtlichen Gläubiger derselben auf, bei der auf Donnerstag, den 22. d. M., Vormittags 9 Uhr, vor Großherzogl. Stadtamt-direktorat dahier anberaumten Tagfahrt die Nichtigkeit ihrer Forderungen zu erweisen, und die denselben etwa gesetlich zustehenden Vorrechte darzuthun, widrigens sie von der vorhandenen Vermögensmasse ausgeschlossen würden.

Freiburg, den 5. Februar 1821.

Großherzogliches Stadtamt.

v. Chrismar.

Neckarbischofsheim. [Unterpfandsbücher-Erneuerung.] Das Großherzogl. hochlöbliche Neckarkreis-direktorium hat die Erneuerung der Unterpfandsbücher zu Siegelbach durch Reskript vom 15. d., Nr. 811, angeordnet. Alle jene, welchen Unterpfänder auf Liegenschaften in der Siegelbacher Gemarkung bestellt sind, werden daher aufgefordert, a dato binnen 2 Monaten ihre Urkunden in beglaubter Abschrift dem hiesigen, mit der Erneuerung der Siegelbacher Unterpfandsbücher beauftragten Amtsdirektorat um so gewisser vorzulegen, als sonst das Ortsgesicht seiner Gewähreschaft für die bis dahin nicht erneuerten Unterpfänder entbunden werden würde.

Neckarbischofsheim, den 30. Jan. 1821.

Großherzogl. Bad. Bezirksamt.

Deurer.

Redakteur: E. A. Lamey; Verleger und Drucker: Phil. Macklot.